



30. Januar 2008

## Postulat

von Roger Liebi (SVP)  
und Theo Hauri (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, im Rahmen des Budgetierungsprozesses für das Budget 2009 der Stadt Zürich eine Aufwandsminderung von insgesamt CHF 260 Millionen, gemessen am vom Gemeinderat am 15.12.2007 verabschiedeten Budget 2008, einzuplanen.

## Begründung

Der finanzielle Gesamtaufwand der Stadt Zürich steigt laut Budget 2008 auf rund CHF 7,4 Mrd. Franken.

Damit steigt der Aufwand sogar noch stärker als im überaus düsteren Finanzplan 2004 – 2008, dem von Stadtrat Vollenwyder aufgezeigten Worst Case Szenario.

Der Stadtrat ging im selben Bericht zur „Finanz- und Steuerentwicklung der Stadt Zürich 2004 bis 2008“ beim Gesamtaufwand 2005 von CHF 6,860 Mrd., 2006 von CHF 7'011 Mrd. Franken, 2007 von CHF 7,12 Mrd. und 2008 von CHF 7,214 Mrd. aus. Auf Seite 21 des Berichtes verkündete der Stadtrat unmissverständlich sein Legislaturziel „Gesunde Finanzen“. So sollten die Budgets 2005 und 2006 gegenüber den vorgenannten Zahlen um insgesamt CHF 370 Mio. durch Einsparungen verbessert werden.

Diese Einsparungen sind bis heute nicht vollzogen worden. Von den geplanten – und aufgrund der Entwicklung des Aufwandes berechtigten – CHF 370 Mio. sind lediglich CHF 110 Mio eingespart oder besser gesagt weniger ausgegeben worden.

Besonders besorgniserregend: Die Sockelausgaben nehmen stets zu. Allein der Personalaufwand steigt 2008 auf über CHF 2,3 Mrd. Franken (Zwei Milliarden dreihundert Millionen!!) und wird durch den Steuerertrag trotz Jahren der Hochkonjunktur nur knapp gedeckt. Der von der Mehrheit des Parlamentes beschlossene automatische Teuerungsausgleich dürfte in den nächsten 3 Jahren gemäss Prognosen des BIZ zusätzliche basiseffektbedingte jährliche Zusatzausgaben von ca. 2% der Lohnsumme bewirken.

Im Rahmen der sehr ernst zu nehmenden Krise am Finanzmarkt und bei etlichen Finanzinstituten, von denen die Steuereinnahmen und das Wohl der Stadt Zürich stark abhängen, ist es angezeigt bereits heute die richtigen Schritte einzuleiten und entsprechende finanzielle Reserven zu bilden.

Antrag auf dringliche Behandlung